



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0866 890

p./XIII/99 - 2. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Adenauer und der 1. Mai Der Rundfunk ist geduldig	44
2 - 3	Vor Nehrus Abschied Die Welt wird seine Stimme vermissen	63
4 - 5	Bundeswehr nach Nordafrika ? Im Dienst einer überlebten Kolonialpolitik	68
6	Über 45 Jahre ... Das Problem der "älteren Angestellten"	30

* * * * *
* * * *

Zur Beachtung! Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe eine zusammenfassende Darstellung über den Stand und die Auswirkungen des atomaren Wettrüstens mit dem Titel: "Das Fein zum nuklearen Selbstmord".

* * * * *
* * * *

Adenauer und der 1. Mai

F.B. Spricht man von Dr. Adenauer, so ist man genötigt, immer auch Stillfragen zu behandeln. Jedenfalls hat der Bundeskanzler am 1. Mai wieder unter Beweis gestellt, dass er für einen guten politischen Stil in der Bundesrepublik nicht zu haben ist. Wie niemand auf die Idee kommt, zusätzlich zum Bundeskanzler am 24. Dezember oder zusätzlich zum Bundespräsidenten am 31. Dezember Sendezeiten zu fordern, so sollte es eigentlich selbstverständlich sein, dass man die Mikrophone am 1. Mai den Vertretern der Arbeitnehmer überlässt. Nicht so Konrad Adenauer; er musste reden und er hat an die Tradition der Taktlosigkeiten jener Zeit angeknüpft, in der die Regierung Aufmärsche am sogenannten "Tag der Arbeit" organisierte und den Rundfunk für sich in Anspruch nahm. Seit 1945 haben es die Regierungschefs unterlassen, sich in den 1. Mai einzumischen.

Die Rede des Bundeskanzlers selbst war eine der üblichen "Erfolgsbilanzen", die man in den Wahlkämpfen dieses Jahres noch häufig wird hören können. Aus dem innenpolitischen Teil aber gilt es zwei Dinge festzuhalten. Einmal die Feststellung des Kanzlers, dass der Wiederaufstieg das Werk aller gewesen ist. An diese Feststellung wird man den Kanzler und die CDU/CSU noch häufig erinnern müssen, wenn sie wieder in die Tour verfallen, die Gesamtleistung des deutschen Volkes an die Fahnen der Regierung und des "Wunder-Doktor Erhard" zu heften. Zum anderen die Passage, in der der Kanzler den Arbeitnehmern bestätigt, dass sie das Mitbestimmungsrecht sinnvoll und zum Nutzen des Volkes angewandt haben. Als das Betriebsverfassungsgesetz vom Bundestage verabschiedet worden ist, das die Mitbestimmung in der übrigen Wirtschaft erheblich einschränkt, las man es anders. Der Industrieflügel der CDU/CSU lässt noch heute keine Gelegenheit verstreichen, um die Mitbestimmung zu diskriminieren.

Das eigentliche Anliegen des Bundeskanzlers in seiner Rede sowohl im Rundfunk wie in Tipperfürth aber war es, seine Atomwaffenpolitik zu verteidigen. Während auf der einen Seite die Bundesregierung und die CDU/CSU der Bevölkerung einzureden versuchen, der Bundestagsbeschluss vom 25. März 1953 bedeute gar nicht die Atomare Bewaffnung - ein CDU-Bundestagsabgeordneter hat sogar allen denen, die das behaupten, mit einstweiligen Verfügungen gedroht - hat sich Dr. Adenauer wieder deutlich zur "modernsten Bewaffnung", wie man die Atomwaffen schonhaft umschreibt, bekannt. Diese Klarheit zu haben, ist angesichts der Vernobelungskampagne wichtig genug.

Der Kanzler sprach davon, dass man angesichts der Lage in der Welt nicht den Kopf in den Sand stecken könne. Das verlangt niemand. Was die SPD fordert, ist, dass man gerade in dieser Lage alles versuchen muss, um durch eine Politik der Entspannung und der Abrüstung wieder einen freien Kopf zu bekommen. Wird aber die Atomwaffenpolitik weiter getrieben, nun, so kann man sicher sein, dass der Kopf unter die Erde kommt.

+ + +

Vor Nehrus Abschied

I.D. Man weiss nicht recht, was Ministerpräsident Nehru bewogen hat, nach den in den vergangenen Jahren so oft ausgesprochenen Drohungen seines Rücktritts ihn gerade jetzt wahr machen zu wollen - ob sein immerhin schon recht hohes Alter, ob die langjährige Bürde der Verantwortung oder eine parteipolitische Überlegung.

Es ist schwer, sich Indien ohne Jawaharlal Nehru vorzustellen. Er hat das Indien von heute geformt, dieses Land, das Jahrzehnte unter blutigen Opfern um seine Freiheit rang, sie 1947 bekam und vor einem Chaos stand. Diese ersten zehn Jahre der politischen Unabhängigkeit sind entscheidend für Indien gewesen, für seinen Aufbau und seine heutige staatliche Ordnung.

Dabei ist Nehru, der von Gandhi die schwere Führungsaufgabe übernahm, nicht der übliche Parteiführer. Wie zufällig scheint er mit der Kongresspartei verbunden, deren Kopf er ist, deren Programm er allein mit Ideen erfüllt. Nehru ist auch nicht der übliche Politiker, der starr an einer Linie festzuhalten pflegt. Mit Sorge fragt man nun heute, wer in der Lage sein wird, die Geschicke Indiens, eines so schwer von Hunger und Not geprüften Landes, in Zukunft in die Hand zu nehmen. Oft warf man Nehru vor, nicht wie Gandhi imstande gewesen zu sein, sich einen Nachfolger - ein Mann seines Geistes - heranzuziehen.

Bei den Spekulationen um Nehrus Nachfolgerschaft, die in Indien schon lange vor sich gehen, hat auch die Kommunistische Partei versucht, sich auf eine eventuelle Regierungsübernahme vorzubereiten. Dazu beschloss sie auf dem letzten Kongress weitgehende Massnahmen zur Änderung ihrer Struktur und Organisation. Die "Zellen" sollen auf dem Wege zur Massenpartei, die "auf demokratische Weise zur Macht gelangen sucht", abgeschafft werden. Redefreiheit, das Recht der Existenz für Oppositionsparteien gehören zu dem neuen Programm, das, wenn man nicht an seiner Durchführung zweifelte, die Kommunisten durchaus "salonfähig" machen würde. Gleichzeitig fanden sie lobende Worte für Nehrus Aussen- und Wirtschaftspolitik, der jedoch zu schnellerem Erfolg zu verhelfen und sie von den "imperialistischen" Ein-

flüssen zu befreien sie sich verpflichteten.

Auch wenn Nehrus Kongress in den letzten Monaten in den Lokalwahlen eine Schlappe nach der anderen erlitten hat, so ist die Hoffnung der Kommunisten auf einen baldigen Wahlsieg reichlich unrealistisch. Noch trennen sie von der Kongresspartei 338 Parlamentesitze. "Ihr" Staat Kerala, in dem sie auf demokratische Weise zur Macht gelangten, hat nichts aufzuweisen, was sie dem indischen Volk empfehlen könnte. Schliesslich haben sie für eine Demokratie, die zu führen die indische Verfassung ihnen aufzwingt, kein Programm.

Nicht ungewöhnlich scheint es jetzt, dass erst vor kurzem der einflussreiche Sozialist Jayaprakash Narayan, der einzige Mann, der neben Nehru das Vertrauen des indischen Volkes in hohem Masse besitzt, vorschlug, mit Nehru zusammenzuarbeiten und, wenn man es so wollte, mit der sozialistischen Partei in die Kongresspartei einzutreten. Zweifellos war dieses Angebot der Selbstaufgabe geboren aus der Sorge, was in Indien einmal ohne Nehru geschehen würde. Denn es steht wohl ausser Frage, dass dieses Angebot des Sozialisten Narayan das Günstigste für das Schicksal Indiens darstellt. Mit den Sozialisten kämen Männer in die Kongresspartei, deren Ideen festgelegt sind, fester jedenfalls als die irgendeines Parteigängers des Kongresses, der nur von den Ideen Nehrus gelebt hat, die den Sozialismus als Grundlage anerkannten. Ob freilich eine Parteibürokratie - und die gibt es auch in Indien - den Stolz überwindet, der so verletzt wurde, als die Sozialisten nach gemeinsamem Freiheitskampf sich 1948 von der Kongresspartei lösten, scheint unwahrscheinlich.

Kein Zweifel aber, dass die Welt das Fehlen der Stimme Nehrus gewahr werden wird. Wie oft hat er gewarnt, Gefahren aufgezeigt, vermittelnde Worte gesprochen. Doch wer weiss, wenn er heute vom Ausruhen spricht für kommende Aufgaben, ob er nicht wie einmal Ben Gurion, der Ministerpräsident Israels, nur für wenige Jahre "in die Wüste geht", um erfrischt erneut das Ruder in die Hand zu nehmen?

Bundeswehr nach Nordafrika?

H.B. - Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Kopenhagener NATO-Ratstagung mit einer französischen Gewissensfrage konfrontiert, die das atlantische Bündnis in eine peinliche Lage bringen dürfte. Paris sieht nämlich keinen anderen Ausweg mehr aus der algerischen Krise als den Appell an die Alliierten, die algerisch-tunesische Grenze quasi unter die Kontrolle der NATO zu stellen. Nach der in Paris weitverbreiteten Ansicht ist das nordatlantische System sogar verpflichtet, dem Mitgliedsstaat Frankreich seinen starken Arm zu leihen, denn - wie der Volksrepublikaner Bidault in diesen Tagen verkündet hat, - "die französischen Departments in Algerien fallen offiziell unter den Vertragstext des Atlantikpaktes".

Man kann nicht gerade behaupten, daß den Außenministern, die sich demnächst in der dänischen Hauptstadt versammeln werden, bei dem Gedanken sehr wohl wäre, daß Frankreich das NATO-Bündnis einer Belastung aussetzen will, die in der letzten Konsequenz sogar zu einem regelrechten Bruch führen kann. Niemand ist daran interessiert, sich in der nordafrikanischen Affäre zu engagieren. Das wurde schon deutlich, als die englisch-amerikanische Vermittlungsaktion sang- und klanglos beendet wurde. Was nicht deshalb geschah, weil es etwa nichts mehr zu vermitteln gäbe. Nein, die Haltung der französischen Rechten, die aus dem algerischen Dilemma anti-amerikanisches Kapital schlug, war ausschlaggebend für die Einstellung aller Bemühungen um einen Ausgleich zwischen Tunis und Paris.

Dafür wurde den französischen Politikern mit erschreckender Deutlichkeit ins Bewußtsein gebracht, daß Bourguiba auch in Zukunft der algerischen Befreiungsfront seine Unterstützung leihen würde. Gerade das aber macht dem französischen Generalstab Kopfschmerzen. Denn solange die "fließende" algerisch-tunesische Grenze dazu dient, der Aufstandsbewegung Nachschub aller Art zukommen zu lassen, halten es auch die optimistischsten Generale für unmöglich, eine militärische "Lösung" herbeizuführen. Diese jedoch gilt nach wie vor als oberstes französisches Ziel. Paris ist also bestrebt, die tunesisch-algerische Grenze hermetisch

2. Mai 1958

abzuschließen. Und da erhebt sich logischerweise die Frage, wer den Nachdienst übernehmen soll.

Die UNO vielleicht? Dazu kann sich kein französisches Kabinett bereitfinden, weil man nichts so sehr fürchtet wie die Internationalisierung des algerischen Konfliktes und eine Entscheidung der Vereinten Nationen. Nicht ohne Grund fühlt sich Frankreich vor dem Forum der UNO isoliert. Schließlich würde nicht nur die asiatisch-afrikanische Staatengruppe die Partei der algerischen Aufständischen ergreifen, auch der Ostblock stünde im Lager des Antikolonialismus, und Amerika mit den atlantischen Verbündeten könnte es sich einfach nicht mehr leisten, Frankreichs Haltung in dieser Frage zu decken. Mit einer für den amerikanischen Außenminister überraschender Eindeutigkeit hat Dulles dem auch schon zu verstehen gegeben, daß Frankreich bei einer Behandlung des Algerien-Problems vor dem Sicherheitsrat oder der UNO-Vollversammlung nicht mehr auf Amerika zählen könnte.

Nun soll die NATO das tun, was Paris die UNO nicht tun lassen will. Mit anderen Worten: Der angekündigte französische Vorstoß in Kopenhagen bedeutet, daß von den Alliierten verlangt wird, NATO-Truppen an die algerisch-tunesische Grenze zu entsenden, um dort für Frankreich eine praktisch schon verlorene Kolonialposition zu retten. Damit wird die Frage aufgeworfen, ob etwa die der NATO unterstellten Bundeswehr-Divisionen als eine Art Polizeihund im algerisch-tunesischen Grenzgebiet tätig werden sollen. Deutsche Soldaten in Nordafrika, die Bundeswehr im Dienste einer anachronistischen Kolonialpolitik - das wäre eine der verhängnisvollsten Konsequenzen aus der starren Einseitigkeit der Bonner Stärke-Fanatiker.

Aus "Socialist Digest, Mai 1958"

"Westdeutschlands Sozialdemokraten sind entschlossen, gegen die atomare Ausrüstung der westdeutschen Streitkräfte ... Die Labour-Party unterstützt mit ganzer Kraft unsere deutschen Freunde in dieser Sache... Das Auseinanderrücken der russischen und westlichen Truppen in Deutschland und Mitteleuropa, eine seit langen von der Labour-Party propagierte Idee, ist eines der hoffnungsvollsten Gebiete, über das eine Gipfelkonferenz eine Übereinstimmung erzielen könnte. Diese Fragestellung sollte nicht durch eine vorherige Aushändigung nuklearer Waffen an die Westdeutschen präjudiziert werden."

Über 45 Jahre ...
- - - - -

G.P. - Im Oktober vergangenen Jahres gab es im Bundesgebiet und in Westberlin noch 42 897 arbeitslose Angestellte über 45 Jahre. Gegenüber dem Stand vom Oktober 1950 bedeutet das nur eine Verringerung auf ein Drittel.

Im März 1957 hatte es im Bundesgebiet 24 912 männliche arbeitslose Angestellte und 15 676 weibliche arbeitslose Angestellte über 45 Jahre, in Westberlin 8 654 männliche und 11 655 weibliche arbeitslose Angestellte über 45 Jahre gegeben. Der Rückgang ist bei den weiblichen Angestellten wesentlich geringer als bei den männlichen Angestellten.

Das sind keine ermutigenden Zahlen. Hinter ihnen verbirgt sich das völlige Scheitern der "Angestelltenpolitik" der Bundesregierung nur schlecht. Alle Bestrebungen, mit vorsichtflutlichen Fflästerchen eine Wunde zu schließen, ohne auch nur im geringsten ernsthaft bereit zu sein, ihre Ursache zu beseitigen, müßten von vornherein scheitern.

Die Gewerkschaften weisen seit langem Wege, wie den älteren Angestellten wirksam geholfen werden kann. Es sind allerdings Wege, die nicht in die Vorstellungen der Bundesregierung und ihrer Sonderbeauftragten einmünden. Wie richtig die von den Gewerkschaften gewiesenen Wege sind, bewies kürzlich eine der größten amerikanischen Firmen. Sie beschäftigt mit ausgezeichnetem Erfolg 300 Angestellte zwischen 60 und 80 Jahren. Eingehende Untersuchungen haben erwiesen, daß diese 300 älteren Angestellten in ihrer Arbeit jüngeren Angestellten in nichts nachstehen. Genau das sagen Psychologen, Mediziner, Gewerkschafter und Arbeitswissenschaftler seit langem. Lebenserwartung und Dauer der Leistungsfähigkeit haben sich bedeutend erhöht. Arbeitsteilung und Struktur in der industriellen Produktion haben sich grundlegend gewandelt. Es wäre ein Unding, wollte man angesichts dieser veränderten Situation die Fähigkeiten der Älteren mit überholten Maßen messen und nach veralteten Normen beurteilen. Und es ist - ein bei uns leider noch viel zu oft praktiziertes - Unding, ihnen eine Arbeit vorzuenthalten, die sie voll ausfüllen können.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel